

Sowjets stehen nicht zu ihrem Wort!

Chrutschow bestreitet Moskauer Verpflichtungen

DT. Wenn Chrutschow die Deutschlandfrage aus einer künftigen Ost-West-Konferenz auszuklammern versucht, so kompliziert er diese Konferenz, statt sie zu vereinfachen. Sollte es tatsächlich zu einem Gipfeltreffen kommen, dann würde logischerweise bald das Stadium erreicht sein, in dem über die deutsche Spaltung gesprochen werden muß. Das war so bei den Abrüstungsverhandlungen in London und wird so auch bei jedem künftigen Entspannungsversuch sein.

Chrutschow hat in Minsk jene sowjetische Verpflichtung bestritten, die Bulganin in Genf 1955 unterzeichnet hat, wonach „die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und im Interesse der europäischen Sicherheit erfolgen soll“. Eine solche Einstellung Chrutschows belastet alle künftigen Gespräche und vertraglichen Abmachungen mit Moskau in kaum zumutbarer Weise. Fast könnte man annehmen, Chrutschow hintertreibe absichtlich zugunsten des Status quo die Verhandlungsbereitschaft des Westens über die Lösung der europäischen Situation.

Wer im Vertrauen auf den guten Willen und die Vertragstreue Moskaus ohne große Bedenken zu Risiken bereit ist, sollte endlich vorsichtiger werden. Um so entschiedener muß jetzt gefordert werden, in jede künftige Vereinbarung mit Moskau funktionierende Sicherungen einzubauen. Das betrifft nicht nur Abrüstung und sonstige militärische Abmachungen, sondern auch

politische. 1952 wurde ein Sowjetvorschlag auf „freie Wahlen“ in der Zone nicht akzeptiert, weil die Sowjets allein die Wahlkontrolle durchführen wollten und die Zonenbevölkerung nicht unter solchem Druck in die folgenschwere Verzerrung einer freien Wahl getrieben werden sollte. Das macht jetzt die SPD der Regierung als „verpaßte Gelegenheit“ zum Vorwurf, als hätte man damals wie heute auf sowjetische Zusicherungen naiv bauen können — trotz Chrutschows Gegenbeweisen.

Er hat im übrigen deutlich seine alte gesamtdeutsche Absicht wiederholt:

Grewe: Sowjet-Zustimmung zu freien Wahlen

Eine Behauptung Chrutschows wurde ausdrücklich von dem Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Prof. Grewe, zurückgewiesen: seine Behauptung, die Sowjetunion sei bei der Genfer Konferenz keineswegs mit den Westmächten übereingekommen, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege freier Wahlen zu erreichen. Grewe verlas dazu den entsprechenden Satz der Genfer Direktive, der auch die Sowjetunion damals zugestimmt hat. Darin heißt es, die Regie-

„daß in Westdeutschland die Wirtschaft auf sozialistische Grundlage umgestellt wird“. Wer jetzt immer noch den Unwissenden markiert, als sei die derzeitige Deutschlandpolitik Moskaus ein Buch mit sieben Siegeln, als müsse erst die eigentliche Meinung Moskaus erkundet werden, der stellt sich taub gegenüber allen Erklärungen, die mit der Chrutschow-Rede in Ostberlin unmittelbar nach der Genfer Konferenz von 1955 begannen und jetzt mit seiner Rede in Minsk wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen sind. Was durch ständige Kontakte erkundet werden soll, sind nicht die (bekannten) augenblicklichen Einstellungen der Sowjets zur Deutschlandfrage, sondern die Möglichkeiten der Zukunft. Denn alle politischen Konzeptionen, auch die scheinbar erstarrten, sind anfällig und wandelbar, selbst in Moskau.

rungschefs seien übereingekommen, „daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen gemäß des nationalen Interesses des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit durchgeführt werden soll.“ Über den Begriff der europäischen Sicherheit habe damals natürlich keine Übereinstimmung bestanden, fügte Grewe hinzu, aber später habe Molotow es eben überhaupt abgelehnt, diese Frage weiter zu erörtern.

Urteile in Magdeburg

DT. Seit Monaten sind Kirchenprozesse in der sogenannten DDR in der Mode. Die Zuchthausurteile gegen die Studentenpfarrer Schmutzler in Leipzig und Giersch in Weimar, gegen christliche Studenten in Sachsen und den unglückseligen Propst Maercker in Mecklenburg sind noch in frischer Erinnerung. Ihnen allen warf der Justizapparat der Hilde Benjamin Boykottheze gegen die sogenannte DDR vor, ein politisches Verbrechen also, das als juristischer Tatbestand überhaupt nicht abzugrenzen ist. In den in Magdeburg gefällten Urteilen wurde zum ersten Male das Wirtschaftsstrafrecht der Sowjetzone bemüht, um den Konsistorialpräsidenten Grünbaum und den Oberkonsistorialrat Klewitz mit Gefängnisstrafen zu belegen; doch sind beide nach einer vierteljährigen Untersuchungshaft wieder in Freiheit. Ihre Gefängnisstrafe wurde ausgesetzt.

Die Milde des Urteils mag auffallen, denn die propagandistische Begleitmusik war und ist nicht weniger schrill als etwa im Falle Schmutzler. Sie vergällt fast die Freude darüber, daß diese um die Kirchenprovinz Sachsen verdienten Männer nunmehr zu ihren Familien und an ihre Arbeit zurückkehren können. Beide wurden vom ersten Tage ihrer Verhaftung an im Rundfunk und in der Presse der Zone und in Flugschriften, die sich wie schlechte Kriminalreißer lasen, als Devisenschieber und Währungsverbrecher diffamiert, als hätten Propst Grünbaum und sein Mitarbeiter Klewitz aus eigensüchtigen Motiven 400 000 D-Mark an jenem berüchtigten 13. Oktober des vergangenen Jahres noch umzutauschen versucht. In Wirklichkeit ging es darum, im letzten Moment einen Bruchteil des Geldes für fällige Gehälter zu retten, das sonst durch den über Nacht aufgezwungenen Währungsschnitt in der sogenannten DDR wertlos geworden wäre.

Die Schlagzeilen der Zonenpresse über den Prozeßverlauf,

wie etwa „Der Bischof organisierte den Betrug“, verraten sofort, was auch hier wieder versucht wird, nämlich politisch-propagandistisch Kapital aus dem in guten Glauben und für eine gute Sache unternommenen Tat zweier untadeliger Menschen zu schlagen, um wieder einmal Bischof Dibelius zu diskriminieren. Dabei wird wohlweislich verschwiegen, daß der evangelischen Kirche in der sogenannten DDR schon seit längerem 40 Prozent der ihr zustehenden Staatsgelder vorenthalten werden. Daher rührt die finanzielle Not der Kirchen, die nur mit Hilfe eines echten Lastenausgleichs innerhalb der EKD gemildert werden kann. Überdies handelte es sich bei der nach Magdeburg verbrachten Summe um einen Teil jenes Millionenbetrages, um deren Transferierung die Kirchenleitung seit einem halben Jahre vergeblich Antrag auf Antrag an die zuständigen Stellen in Ostberlin gerichtet hatte. Das Geld stammte aus Kollekten und Spenden, die bei der Kirchenleitung in Westberlin auf völlig legale Weise eingegangen waren. Es genügt hinzuzufügen, daß auch in diesem Prozeß den Angeklagten nicht die in jedem Rechtsstaat selbstverständlichen Verteidigungsmittel zur Verfügung standen. Ein in der sowjetzonalen Presse so häufig gelobter Mann wie der unbestechliche Dr. Heinemann durfte die Verteidigung in Magdeburg nicht übernehmen. Das alles sind Tatbestände, die durch die relative Milde des Urteils in Magdeburg in ihrer Bedeutungsschwere leider nicht aufgehoben werden.

Graf Baudissin

DT. Wenn Graf Baudissin in einigen Monaten seinen Schriftlich im Verteidigungsministerium verläßt und eine Kampfgruppe (d. h. ein Regiment) übernimmt, kann er sein Werk beruhigt seinem Nachfolger überlassen. Die Bundeswehr ist in vielen Dingen etwas anderes geworden als die frühere Wehrmacht — „unsoldatischer“, sagen die einen, „weniger 08/15“, sagen die anderen. Der Streit der Meinungen wird wohl noch länger anhalten.

Der Major Baudissin hatte schon im „Amt Blank“ besondere Vorstellungen vom künftigen deutschen Soldaten. Bald zum Oberst befördert, machte er sich als Beauftragter für das „innere Gefüge“ der Bundeswehr an die Arbeit. Sein Reformgedanke: eine Armee, die nach reiner Zweckmäßigkeit handelt, einfache Uniformen, keine Paraden, kein „Griffe-kloppen“, wenig Exerzieren, viel Geländedienst — eine Truppe, allein auf den Ernstfall eingestellt, nicht auf Repräsentation. Der Soldat sollte nie aufhören, sich als Bürger des Staates zu fühlen.

Von diesen Gedanken ist vieles in die Dienstvorschriften der Bundeswehr eingegangen. Das Üben des Präsentiergriffs ist verboten, es braucht nicht mehr jeder Ranghöhere begrüßt zu werden, Arrest kann nur ein Richter verhängen, die Soldaten haben aktives und passives Wahlrecht. Die altbekannten Waffen- und Dienstvorschriften des „Reibert“ werden nicht mehr auswendig gepaukt, sondern sollen in der praktischen Erprobung gelernt werden.

Baudissin hat freilich auch Mißerfolge hinnehmen müssen. So stieß die halbzivile Uniform auf so viel Kritik, daß sie durch ein zwar unpraktischeres, aber schmückenderes Modell ersetzt wurde. Auch die Wiederkehr von allerlei Litzen und Lametta war nicht zu verhindern.

Vor einem Jahr hätte das Ausscheiden Baudissins aus dem Ministerium das Ende der Reform bedeutet. Heute ist es beinahe umgekehrt; sie tritt in ein neues Stadium. Denn Baudissin will nun, nachdem die nötigen Vorschriften erlassen sind, in der Praxis an seiner Truppe beweisen, daß man mit ihnen arbeiten kann. Gelingt es ihm, in seiner Kampfgruppe die Reformideen ebenso durchzusetzen wie im Ministerium, dann wird er wohl bald mit erhöhter Autorität an seinen Schreibtisch zurückkehren.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Enttäuschung und Genugtuung**Chruschows Rede beherrscht die Gespräche in Bonn**

Bonn (Eigenmeldung). Die Minsker Rede des sowjetischen Parteichefs Chruschow, in der er es kategorisch abgelehnt hat, bei einer neuen Ost-West-Konferenz über Deutschland zu reden, wird in Bonn als Bestätigung der verbreiteten Auffassung empfunden, daß gegenwärtig mit den Sowjets nicht über politische Veränderungen in Europa zu reden sei. In maßgebenden Regierungskreisen wurde am Montag sogar erklärt, man hätte sich bei der außenpolitischen Debatte des Bundestages viele Argumente ersparen können, wenn die Rede Chruschows, die in Minsk gehalten wurde, sofort und nicht jetzt erst veröffentlicht worden wäre. (Siehe Seite 1.)

Wieder einmal befindet sich das offizielle Bonn in einer Stimmung, die nur als Mischung von Genugtuung und Enttäuschung bezeichnet werden kann

— auf der einen Seite Genugtuung darüber, daß man die Sowjets und ihre augenblickliche Einstellung zu den Weltproblemen richtig beurteilt hat, auf der anderen Seite Enttäuschung über die Schärfe, in der Chruschow jede Diskussion über die deutsche Frage ablehnt.

Fünf Millionen Grad im Labor**Fortschritte auf dem Wege der H-Bomben-Zähmung**

Berlin (ap/dpa/Eigenmeldung). Bedeutende Fortschritte auf dem Wege zur technischen „Zähmung“ der Wasserstoffbombe haben am Freitagabend Wissenschaftler Großbritanniens und der Vereinigten Staaten bekanntgegeben. Zum ersten Male ist es nun gelungen, in den Laboratorien Temperaturen zu erzielen, die etwa bei fünf Millionen Grad Celsius liegen. Damit ist man dem Ziele nähergekommen, den in der bisherigen Wasserstoffbombe explosiv ablaufenden Vorgang der Verschmelzung von Atomkernen in eine gebändigte Form zu bringen.

Der Leiter des britischen Atomforschungszentrums Harwell, Sir John Cockcroft, sowie der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergiekommission Lewis L. Strauß teilten in diesem Zusammenhang mit, daß man etwa Temperaturen von 100 Millionen Grad Celsius erreichen müsse, um die Wasserstoffbombe zu „zähmen“. Viele

Jahre voller Arbeit lägen zwar noch vor den Wissenschaftlern, aber es sei in den Bereich der Möglichkeiten gerückt, daß man in absehbarer Zeit der Menschheit eine neue Energiequelle für friedliche Zwecke von unvorstellbaren Ausmaßen bieten könne. Damit wären dann alle Energiesorgen der Gegenwart und nahen Zukunft für Millionen von Jahren überwunden.

Neuer sowjetischer Atomversuch

Tokio (ap). Nach Feststellungen des japanischen Wetteramtes ist in der Sowjetunion, wahrscheinlich in Sibirien, eine neue Atomwaffenexplosion ausgelöst worden. Mitte der Woche fiel in Mittel- und Westjapan starker radioaktiver Schnee, was auf eine „irgendwo nordwestlich von Honschu“ ausgelöste Kernexplosion schließen läßt. Honschu ist eine der Hauptinseln Japans.

Bonn will kein Störenfried sein

Die deutsche Diplomatie wird aber durch diesen neuen sowjetischen Schritt vor eine schwierige Frage gestellt: Sie hat bisher selbstverständlich verlangt, daß bei einer neuen Ost-West-Konferenz auch die deutsche Frage behandelt wird und daß ihre Lösung sogar Voraussetzung für eine umfassende Regelung des Abrüstungsproblems sein müsse. Nun sieht es beinahe so aus, als könnte das Aufrechterhalten dieser Forderung zu einer Blockierung der Bestrebungen führen, die auf die Veranstaltung einer neuen Konferenz abzielen. Zwar hat man in Bonn von jeher die Aussichten für das Zustandekommen einer solchen Konferenz für wenig günstig und die Erfolgsaussichten einer etwaigen Konferenz für schlecht gehalten, aber Bonn will nach Möglichkeit doch vermeiden, in die Rolle des „Störenfrieds“ zu geraten, der einem neuen Treffen der Staatsmänner aus West und Ost im Wege steht. So wird also nun wahrscheinlich ein zähes Ringen einsetzen.

Moskau gegen Geheimdiplomatie

Der nächste Schritt muß dabei von den Sowjets kommen, die auf den westlichen Vorschlag, vor einer großen Konferenz diplomatische Vorbesprechungen zu führen, eingehen

(Fortsetzung Seite 4)

Rüstung noch enger koordiniert**Frankreich, Italien und Bundesrepublik setzen Ausschuß ein**

Bonn (dpa). Ein Dreier-Ausschuß für die gemeinsame Forschung und Produktion in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Waffen und des Rüstungsgerätes soll Anfang Fe-

bruar in Rom zusammentreten. Die Einsetzung dieses Dreier-Ausschusses ist Anfang der Woche bei dem Treffen zwischen dem deutschen, französischen und italienischen Verteidigungsminister in Bonn beschlossen worden.

Europa und die Kirche

Berlin (Eigenmeldung). Nach den Besprechungen der europäischen Kirchenführer über eine engere Zusammenarbeit der evangelischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen Europas, die in der vergangenen Woche in Berlin unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius stattgefunden haben, hat Bischof Dibelius durch seinen ökumenischen Referenten eine Reihe von Fragen über die Ergebnisse dieser europäischen Bemühungen beantwortet.

Auf unsere Frage, wieweit eine Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche in den osteuropäischen Staaten realisiert werden könne und an welche Gruppen in der orthodoxen Kirche dabei gedacht ist, erwiderte der Bischof, daß eine solche Zusammenarbeit bereits Wirklichkeit sei. Dies beziehe sich vor allem auf das orthodoxe Patriarchat von Konstantinopel, den Metropolit von Malta sowie die griechisch-katholische Kirche. Diese Zusammenarbeit ist besonders seit den Besuchen von Bischof Dibelius in Istanbul und Athen vor einigen Jahren sehr lebendig geworden. Es seien aber auch unter den Auspizien des Genfer ökumenischen Generalsekretariats Verhandlungen mit den Kirchen des Moskauer Patriarchats eingeleitet worden. Dazu erklärte der Bischof: Es werde zu einem beträchtlichen Teil von der politischen Entspannung abhängen, wieweit diese Zusammenarbeit fruchtbar werden kann. Einer echten Entspannung sollte auch die Beratung der europäischen Kirchenführer in Berlin dienen.

In dem Kommuniké der Tagung ist festgestellt worden, daß zwischen den einzelnen Gruppen der Kirchen Europas bereits eine fruchtbare Zusammenarbeit geleistet worden ist. Dr. Dibelius nannte in diesem Zusammenhang besonders den Deutsch-Nordischen Konvent, den Deutsch-Niederländischen Konvent sowie den Deutsch-Französischen Bruderrat und die Arbeitsausschüsse der Konferenzen von Brüssel und Lieselund (Dänemark).

Zu der Frage, wie die geplante stärkere Zusammenarbeit der Kirchen auch für eine geistige und politische Integration

Europas wirksam werden könne, verweist Bischof Dibelius auf das neue Menschenbild, das die Botschaft von Christus enthält. Eine Auswirkung auf die geistige und politische Integration könne von der Kirche nur ausgehen, so erklärt Dr. Dibelius, wenn sie ihren eigentlichen Auftrag versieht; ihr Auftrag aber ist die Botschaft von Christus. Es werde wichtig sein, so betonte der Bischof weiter, daß dieses Menschenbild lebendig und fruchtbar wird für die europäische Kultur und europäische Lebensauffassung.

Zu der Frage der Bekämpfung der modernen säkularen Verfallserscheinungen, die in dem Kommuniké der Tagung als besondere gemeinsame Aufgabe der europäischen Kirchen bezeichnet worden ist, erklärte Bischof Dibelius, daß europäische Beratungen über diese Gesichtspunkte auf breiter Basis

vorgesehen seien. Der Präsident des Schweizerischen Kirchenbundes, Prof. d'Espine aus Genf, hat auf der Konferenz der vergangenen Woche die besondere Berufung Europas als des „Kontinents der Mitte“ entfaltet. Das Bewußtsein dieser „vocation de l'Europe“ soll von den Gliedkirchen in der Ökumene vertieft werden.

Bei der Konfrontation mit den modernen säkularen Verfallserscheinungen sei nicht nur an eine Auseinandersetzung mit dem Materialismus östlicher Prägung gedacht, so sagte Dr. Dibelius abschließend, sondern auch mit der Verweltlichung innerhalb der Kirchen selbst. In dem Arbeitsausschuß, der für die thematische Erfassung des europäischen Problems bestellt ist und der unter der Leitung des britischen Präsidenten, Dr. Baillie, in den kommenden Wochen ans Werk gehen soll, ist auch die Mitarbeit eines Sprechers des osteuropäischen Protestantismus, Prof. Soucek aus Prag, vorgesehen.

Enttäuschung und Genugtuung

(Fortsetzung von Seite 3)

müssen. Auch dieser Antwort aus Moskau sieht man in Bonn mit einiger Skepsis entgegen, nachdem man gefunden hat, daß der sowjetische Ministerpräsident Bulganin in seinem letzten Brief an den italienischen Ministerpräsidenten Zoli ausdrücklich eine Rückkehr zur Geheimdiplomatie abgelehnt hat. Er schrieb in diesem Brief:

„...Die Zeit der Geheimdiplomatie, als man bei der Lösung der wichtigen internationalen Fragen den Willen der Völker ignorierte, als die Fragen des Friedens und des Krieges in der Stille entschieden wurden, ist vorbei.“ Diese Feststellung befindet sich in dem Brief an einer Stelle, an der Bulganin ausdrücklich die sowjetische Notenpropaganda verteidigt. Diplomatische Kreise glauben darin eine Bestätigung dafür sehen zu können, daß die Briefe Bulganins hauptsächlich auf einen propagandistischen Effekt abzielten und daß die Sowjets auf eine Ost-West-Konfe-

renz so großen Wert legen, weil sie dabei eine noch größere Propagandawirkung entfalten könnten.

Nur 391 freie Anwälte

Berlin (Eigenmeldung). In der Sowjetzone und in Ostberlin gibt es nach Ermittlungen des Untersuchungsausschusses freihetlicher Juristen gegenwärtig nur noch 815 Rechtsanwälte gegenüber 3163 im Jahre 1937. Von ihnen gehören 424 dem von der SED geförderten „Kollegium der Rechtsanwälte“ an; nur 391 haben eine freie Praxis.

Der ständige Druck auf die freien Anwälte hat in den letzten Jahren viele von ihnen veranlaßt, in das „Kollegium“ einzutreten. Freie Anwälte werden nicht nur schärfer besteuert, sondern sie können auch weder als Offizialverteidiger bestellt werden noch Aufträge staatlicher Stellen, Betriebe und Institutionen übernehmen.

„Wiedervereinigungs-Politik war richtig!“

Bundeskanzler Dr. Adenauer antwortet auf die Vorwürfe der Opposition

Bonn (dpa). Die Richtigkeit der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung unterstrich Bundeskanzler Adenauer in einer Rundfunksprache am Mittwoch in Bonn. Er wandte sich scharf gegen die Ansicht, daß die Bundesregierung in der Vergangenheit Chancen der Wiedervereinigung verpaßt habe. „Ich muß hier mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß das Auftreten der FDP und der SPD in der letzten Bundestagsdebatte meinen Versuchen, zu ersten Verhandlungen zu kommen, schweren Schaden zufügte, weil es in der Sowjetunion die Hoffnung nährt, durch eine Spaltung innerhalb der demokratischen Parteien des Bundestages doch noch zu ihrem Ziel, nämlich der Bolschewisierung ganz Deutschlands zu kommen.“

Der Bundeskanzler nahm damit zu den Vorwürfen Stellung, die in der letzten Bundestags-sitzung von den Oppositionsparteien gegen ihn erhoben worden waren. (Vgl. Seite 6!)

Zur sowjetischen Haltung in der Vergangenheit sagte der Bundeskanzler, die Sowjetunion habe damals verlangt: keine freien Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und keine Kontrolle durch die UN. Dagegen habe aber die Sowjetunion die Neutralisierung Deutschlands und durch Ausmerzungen aller der Sowjetunion nicht genehmen Parteien die Bolschewisierung Deutschlands verlangt. Das reale Bild der Situation von 1953 habe so ausgesehen, daß in der Sowjetzone eine Volksarmee von rund 100 000 Mann bestanden habe, zu denen noch die starken sowjetischen Divisionen in Polen und den anderen Satellitenstaaten gehört hätten. „Ich sagte Ihnen, keine deutsche Regierung — auch nicht die heutigen Oppositionsparteien — hätten diese Bedingungen annehmen können.“

„Maßlose Leidenschaft“

Aus rein parteipolitischen Erwägungen und um der Regierungskoalition und dem Bundeskanzler zu schaden, hätten die Abgeordneten Dehler und Heine-mann sich nicht geschaut, eine Frage, die eine Herzensangelegenheit aller Deutschen sei, in maßloser Leidenschaft zu ziellosen Angriffen zu mißbrauchen. Unter Hinweis auf die in Unfreiheit lebenden Deutschen in der Sowjetzone sagte Adenauer: „Ich habe noch keine Sitzung erlebt, die jeden Deutschen mit solcher Empörung

und mit echtem Schmerz erfüllen mußte.“

„Kein Wort zu Wahlen“

In seiner Schilderung über die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung wies der Bundeskanzler darauf hin, daß Bundestag und Bundesregierung in voller Übereinstimmung 1952 in einer Entschließung die Wiedervereinigung in der Reihenfolge — freie Wahlen, gesamtdeutsche Regierung, gesamtdeutsche Verfassung und internationaler Schutz — verlangt haben. Eine Bundesregierung, die im Gegensatz zu diesen Entschließungen auf das Angebot der Sowjetunion vom Jahre 1952 eingegangen wäre, hätte einen Sturm der Entrüstung im Parlament ausgelöst. „Ich muß hier ganz klar und eindeutig erklären, daß die Annahme der sowjetischen Forderung oder auch nur das Verhandeln auf der Grundlage dieser Forderung im krassen Gegensatz zu allen Beschlüssen des Bundestages gestanden hätte, und zwar den Beschlüssen, die auch von den Abgeordneten der FDP und der SPD zum Teil in namentlicher Abstimmung gebilligt worden waren.“

Die Oppositionsredner hatten es im Bundestag so dargestellt, als wenn wir damals von Stalin alles hätten bekommen können, was wir gewollt haben. „Das ist nicht richtig“, betonte Adenauer. Stalin habe in der Note vom 9. April 1952 von den Westmächten die Neutralisierung Deutschlands, die Anerkennung des Potsdamer Abkommens und der Oder-Neiße-Linie als östliche Grenze, das Verbot aller politischen Parteien, die von der Sowjetunion nicht aus-

drücklich als demokratisch anerkannt würden, und ein Verbot aller „friedensfeindlichen und militaristischen Organisationen“ gefordert. In dieser Note habe Stalin mit keinem Wort von freien Wahlen gesprochen.

Die Sowjetunion habe die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor freien Wahlen und eine Regierungsbildung zwischen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR als gleichberechtigte Partner verlangt. Dazu habe die Sowjetunion gefordert, daß ein Jahr nach Abschluß eines Friedensvertrags alle Besatzungstruppen abziehen und alliierte Stützpunkte auf deutschem Boden aufgelöst werden. In den Antworten der Westmächte seien die Vorschläge der Sowjetunion keineswegs mit einem trockenen Nein beantwortet worden!

Zur Chruschtschow-Rede

Nach der Bundestagsdebatte habe, so fuhr der Kanzler fort, jetzt KP-Sekretär Chruschtschow eine Rede gehalten, die alle Befürchtungen der Bundesrepublik bestätige. Chruschtschow habe erklärt, die Sowjetunion habe niemals freie Wahlen angeboten. Diese Erklärung stehe im offenen Gegensatz zu den Tatsachen. In der Direktive der Regierungschefs auf der Genfer Konferenz habe die Sowjetunion das Zugeständnis freier Wahlen gemacht, was allerdings nur 24 Stunden gehalten habe.

Adenauer kam dann auf die gegenwärtige politische Lage zu sprechen. „Ich bleibe aber trotz der entmutigenden Äußerung der Sowjetunion dabei, daß der Versuch gemacht werden muß, in stiller und zäher Arbeit eine Verständigung auf diplomatischem Wege mit dem Kremel zu suchen.“ Am Ende eines solchen Bemühens müsse dann eine Konferenz auf höherer Ebene stehen, auf der die letzten Entscheidungen zu treffen wären. Solche Entscheidungen müßten aber vorbereitet werden, sonst könnten sie nicht zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und nicht zu einem echten Frieden führen.

Das Ergebnis der Bundestagsdebatte

Eine Klarstellung — Rebellion in den Fraktionen

Bonn (Eigenmeldung). In einer überraschenden Wendung hatte die außenpolitische Debatte des Bundestags zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Regierung und Opposition geführt. Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Regierungsparteien standen plötzlich einem leidenschaftlichen Aufstand der beiden Oppositionsparteien SPD und FDP gegenüber. Der Aufruhr wurde nicht von den offiziellen Fraktionsführungen getragen, sondern von zwei ehemaligen Ministern Adenauers, Dr. Thomas Dehler (FDP) und Dr. Gustav Heinemann (früher CDU, jetzt SPD), der unter tosendem Beifall der Opposition so weit ging, den Kanzler zum Rücktritt aufzufordern. Diese Ereignisse erfordern eine nüchterne Klarstellung.

Im Bundeshaus wurde von einem „Aufstand gegen Adenauer“ gesprochen, aber es war ebensowohl ein Aufstand von Außenseitern der Oppositions-Fraktionen gegen ihre eigenen Vorstände, die bis dahin die außenpolitischen Fragen sachlich und nüchtern mit der Regierung diskutiert hatten. Weder wußte die FDP-Fraktion vorher von den schweren Anschuldigungen, die Dehler gegen den Kanzler vorbringen wollte, noch hatte Heinemann einen offiziellen Auftrag seiner Fraktion, den Kanzler zum Rücktritt aufzufordern. Diese Seite des erregenden Vorgangs blieb freilich den meisten politischen Beobachtern verborgen, und sie sahen nur die heftige, von wildem Beifall der SPD und FDP begleitete Attacke der beiden früheren Minister.

Das Echo der Opposition . . .

Der Ausgang der außenpolitischen Debatte veranlaßte die Oppositionsparteien zu triumphierenden Kommentaren. Der SPD-Pressedienst schrieb, Adenauer habe mit seiner Mannschaft im Bundestag auf der Anklagebank gesessen und sei gerichtet worden. Millionen Rundfunkhörer seien Zeuge dieses einmaligen Vorganges in der deutschen Nachkriegsgeschichte geworden, wie zwei ehemalige Minister Adenauers aus eigenem Erleben „Tatsachen für die mangelnde Bereitschaft Adenauers zur Überwindung der Spaltung Deutschlands bekanntgaben“. Sie hätten den schlüssigen Nachweis geführt, daß der Chef der Bundesregierung mehr als eine Gelegenheit vorübergehen ließ, um die Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Der Pressedienst der FDP

sprach von einem „Aufstand gegen die CDU“ und schrieb: „Endlich haben einige Männer im Bundestag den zunächst un-

Dr. Krone macht Unterschiede

Während der Reden Dehlers und Heinemanns fand innerhalb der CDU-Fraktion, in der auch Dr. Adenauer Platz genommen hatte, ein Meinungsaustausch darüber statt, ob man sich mit den Vorwürfen der beiden Sprecher auseinandersetzen sollte. Adenauer selbst schien das nicht für nötig zu halten, und auch andere maßgebende Politiker der CDU wollten nicht in die Debatte eingreifen. So begnügte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Krone mit einer allgemeinen Zurückweisung der beiden Reden, wobei er jedoch einen Unterschied zwischen Dehler und Heinemann machte. Während er Heinemann entgegenhielt, daß er die Gefährlichkeit der Sowjets unterschätze, bezeichnete Krone die Rede Dehlers als infam, beleidigend und gemein.

. . . und bei der CDU

Der CDU-Pressedienst brachte eine Erwiderung der evangelischen Abgeordneten, Frau Dr. Rehling, auf die Rede Heinemanns. Im Hinblick auf die Synodalbeschlüsse, die Heinemann zitiert hatte, erklärte Frau Rehling: „Ich sage in aller Deutlichkeit, daß ich es ablehnen muß, wenn mir aus dem kirchlichen Raum Rezepte zur Bewältigung einer konkreten politischen Situation gegeben werden. Es handelt sich bei dem Bemühen, die Atomgefahr zu bannen, um eine politische

populären, aber später einmal geschichtlich zu würdigenden Mut aufgebracht, aus enger Sachkenntnis heraus die wahre Entwicklungslinie der Deutschlandpolitik Konrad Adenauers aufzuzeigen. Es wurde ein geistiger Aufbruch, ja, ein bewußt geführter Aufstand sichtbar, der sich gegen die Bindungspolitik der Union mit ihrer Verkörperung in Konrad Adenauer richtet und dem die Union nichts anderes entgegenzusetzen weiß als das Wort Marc Antons vom ehrenwerten Mann!.“

Aufgabe allerersten Ranges und von allergrößter Bedeutung, zu deren Beurteilung erheblich mehr gehört als ein guter Wille und der Abscheu vor dieser Waffe. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion tragen in erster Linie die Verantwortung für die Lösung dieser Aufgabe. Sie kann uns von kirchlichen Stellen nicht abgenommen werden. Das Ja oder Nein, das wir zu Lebensfragen unseres Volkes sprechen, haben wir, jeder einzelne von uns, und niemand anders für uns vor Gott und dem deutschen Volk zu vertreten.“

Die erbitterte Kontroverse war in den Abendstunden des Donnerstag nach der leidenschaftlichen Anklagerede Dehlers gegen Bundeskanzler Dr. Adenauer entstanden, die zunächst von der CDU/CSU als verbitterte Äußerung eines einzelnen nicht allzu ernst genommen wurde. Die größte Wirkung ging dann von der Rede des früheren Bundesinnenministers Dr. Heinemann aus, der nach seinem Austritt aus der CDU zunächst die Gesamtdeutsche Volkspartei gegründet hatte und jetzt der SPD angehört. Mit monotoner Stimme, aber messerscharfen Formulierungen wiederholte Heinemann die Vorwürfe Dehlers unter begeisterter Zustimmung der SPD und der FDP. Auch Heinemann machte dem Bundeskanzler den Vorwurf, er habe bei verschiedenen Gelegenheiten vorhan-



Das wäre ein Schlager!



„Gipfelkonferenz“

dene Chancen für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht genutzt. Am schärfsten wandte Heinemann sich aber gegen eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Er führte hier hauptsächlich moralische Gründe an. Die heutigen Massenvernichtungsmittel seien keine Waffen mehr. Kein Christ dürfe die Hand dazu bieten, daß solche Mittel verwendet werden könnten. Wenn man

Entschließung angenommen

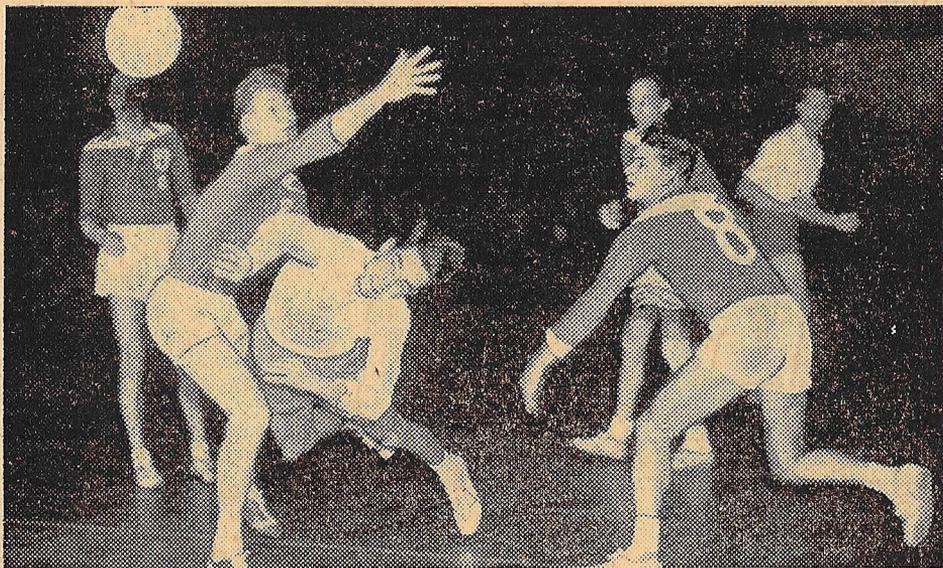
Die Bundestagsdebatte schloß mit der Annahme einer von den Regierungsparteien eingebrachten Entschließung, in der diplomatische Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Vorbereitung einer Ost-West-Konferenz und Verhandlungen über eine kontrollierte Abrüstung empfohlen werden. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, „daß bei den aufzunehmenden Verhandlungen nur solche Lösungen in Aussicht genommen werden, die nicht zu einer Anerkennung

ihm entgegen, daß diese Politik ein Risiko bedeute, dann müsse er erwidern, daß jedes Risiko geringer sei als das Risiko des Krieges. Der Bundeskanzler habe sich auf einen politischen Weg begeben, von dem er selbst nicht mehr gut abweichen könne, aber man müsse ihn fragen, ob er nicht den Weg freigeben wolle für andere Kräfte mit einer neuen Politik.

des Status quo in Europa führen, sondern geeignet sind, die deutsche Teilung zu überwinden“. Der Entschließungsantrag der SPD, der den Rapacki-Plan und einen Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland befürwortete, wurde von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt. Ein Antrag der SPD und der FDP, alsbald diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen, wurde zur weiteren Beratung an den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages überwiesen.

„Verdünnte Zone braucht Sicherung“

Berlin (dpa). „Wenn wir uns mit einer begrenzten Verteidigung ohne nukleare Waffen begnügen, dann ist das nur vertretbar, wenn die Sicherheit dadurch nicht gemindert und Deutschland nicht isoliert wird.“ Dies erklärte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz, auf einer Tagung der Sängerschaft in Berlin. Schütz betonte, wenn eine atomwaffenfreie Zone in Europa errichtet werde, sei es notwendig, daß amerikanische Atomwaffen auf europäischem Boden bleiben und daß Ungarn und Rumänien sowie die skandinavischen Länder in diese Zone einbezogen werden. Um eine gewisse Sicherheit vor Überraschungsangriffen zu haben, empfahl Schütz, UN-Truppen zu beiden Seiten der Demarkationslinien einer solchen atomwaffenfreien Zone zu stationieren.



BILDER DER WOCHE: Oben: Die gesamtdeutsche Handballmannschaft siegte bei ihrem ersten Spiel in der Schöneberger Sporthalle über eine Westberliner Auswahl. Der Dresdener Kretzschmar (in Weiß) beim Fallwurf. — Unten: Hochzeitspläne haben der Schriftsteller Erich Maria Remarque und die amerikanische Schauspielerin Paulette Goddard.

(Fotos: ap)

